



LAND BRANDENBURG

**Ministerium für Wirtschaft,
Arbeit und Energie**
Der Minister

Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Energie des Landes Brandenburg

Heinrich-Mann-Allee 107
14473 Potsdam

Herrn
Heiner Klemp, MdL
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Landtag Brandenburg
Alter Markt 1
14467 Potsdam

Telefon : (0331) 866 – 1500
(0331) 866 – 1502
Telefax: (0331) 866 - 1724
Internet: www.mwae.brandenburg.de

nachrichtlich:
Präsidentin des Landtages Brandenburg
Frau Prof. Dr. Ulrike Liedtke
Alter Markt 1
14467 Potsdam

Potsdam, 17. Dezember 2020

30. Sitzung des Landtages Brandenburg am 17.12.2020
TOP 1: Fragestunde, LT-Drs: 7/2555, Mündliche Anfrage Nr. 336
„Just Transition Fund“

Sehr geehrter Herr Abgeordneter,

die Landesregierung lehnt die beabsichtigte Verrechnung der europäischen Just Transition Funds Mittel mit den Bundesmitteln aus dem Strukturstärkungsgesetz ab. Aus dem Just Transition Funds der EU stünden auch Unternehmen aus dem Brandenburger Braunkohlerevier ca. 400 Mio. EUR für die nächsten 7 Jahre für den Umbau zu einer klimaneutralen modernen Wirtschaft zu. Aufgrund der Verrechnung mit den Bundesmitteln aus dem Strukturstärkungsgesetz, das sind 10,3 Mrd. EUR bis 2038, werden diese insbesondere für Unternehmensförderungen fehlen.

Wir sind der Ansicht, dass eine Verrechnung nicht statthaft ist, da die im JTF vorgesehene Unternehmensförderungen und das heißt konkret: produktive Investitionen in KMU, einschließlich Start-up-Unternehmen, die zur Diversifizierung und Umstellung der Wirtschaft führen und Investitionen in die Gründung neuer Unternehmen, damit wegfallen. Der JTF als Fonds für einen gerechten Übergang will Regionen und Menschen in die Lage versetzen, die sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Auswirkungen des Übergangs zu einer klimaneutralen Wirtschaft zu bewältigen. Deshalb kann man nicht nur in Infrastruktur investieren, sondern muss auch zukunftsfähige Unternehmen fördern. Mit Schreiben von 14 Ministerpräsidenten an

die Bundeskanzlerin hat auch Brandenburg erneut gefordert, dass eine Verrechnung der Mittel nicht zu Lasten der Länder erfolgen dürfe. Die Antwort der Bundeskanzlerin steht noch aus.

Die Diskussionen sind noch nicht abgeschlossen. Wir führen Gespräche innerhalb der Landesregierung, mit dem Bundeswirtschaftsministerium, mit den anderen Kohleländern und werden dies in den kommenden Bund-Länder Gremien erneut besprechen.

Mit freundlichen Grüßen



Prof. Dr.-Ing. Jörg Steinbach